

Bündnis gegen Lager/Motardstraße

Das Bündnis gegen Lager hat sich 2006 aus Einzelpersonen und Gruppen gegründet, um dem Lager Motardstraße ein Ende zu bereiten. Wir fordern Geld und Wohnungen, statt Lagerunterbringung, sowie unbegrenztes Bleiberecht für alle Menschen. Einige Ziele sind realisierbar, andere benötigen einen langen Atem und viel Unterstützung. Bisher bestehen wir aus der Flüchtlingsinitiative Brandenburg, der Fels Intersol-AG, Aktivistinnen der Antifa Friedrichshain und Moabit, sowie der Chipkarten-Initiative. Bisher haben wir verschiedene Aktionen gemacht um Druck auf die Verantwortlichen aufzubauen. So bekam Knake-Werner die goldene Kakerlake. Nach Kundgebungen in Pankow und Marzahn gelobten die dortigen Bezirksverordnetenversammlungen Besserung mit dem Versprechen, keine Menschen mehr in die Motardstraße mehr zu schicken, bzw. eine Einzelfallprüfung zu gewährleisten. Leider ist das noch lange nicht genug, wie die aktuellen Belegungszahlen zeigen.

Die Motardstraße - Berlins inoffizielles Ausreiselager

In einem Industriegebiet in Spandau steht Berlins inoffizielles Ausreiselager. Zwar hat Berlin beschlossen, kein Ausreisezentrum zu errichten. Doch der formale Unterschied zwischen der Sammelunterkunft und einem solchen Zentrum besteht nur aus einem Verwaltungsakt: In Berlin sind es die Sozialämter, die dorthin einweisen; in anderen Bundesländern erledigen dies die Ausländerbehörden. Für die BewohnerInnen macht das keinen Unterschied.

Ausreiselager sind so konzipiert, dass die eingewiesenen Menschen dort durch beabsichtigt schlechte schlechte Lebensbedingungen eine Perspektivlosigkeit entwickeln sollen. Sie sollen "freiwillig" ausreisen oder in die Illegalität gehen, wo sie weitestgehend entrechtet werden und damit für Ausbeutungsverhältnisse aller Art zur Verfügung stehen.

Das Ausreisezentrum Berlin Motardstraße

Seit 1998 dient das Heim in der Motardstraße als Unterkunft für neu angekommene Flüchtlinge im Asylverfahren, wie es in der Beamtensprache heißt. Hinter Stacheldraht wohnen die Flüchtlinge in fünf Containerklötzen aus grauem Blech, drei Stockwerke hoch. Eine solche Behausung ist unzumutbar. In der Motardstraße aber leben mehr als 400 Menschen. Drei Monate sollen sie laut Gesetz aushalten, nicht

länger. Doch seit 2006 werden immer mehr langjährig „geduldete“ Flüchtlinge einquartiert, die zuvor eine Wohnung hatten. Sie müssen bleiben, bis "Sachverhalte geklärt" sind. Einige wohnen schon seit über einem Jahr in der Motardstraße. Was heißt das für die betroffenen Menschen? Die Einweisung in die Motardstraße bedeutet, dass ihnen jede Chance auf eine Teilhabe am sozialen Leben verwehrt ist. Sie bekommen zu wenig und abgepacktes Essen. Sie haben ein Bett zum Schlafen, in einem kleinen Raum mit Mehrbettzimmer. Einen abschließbaren Schrank oder Ort für persönliche Dinge gibt es nicht. Die Toiletten sind nicht abschließbar und funktionieren teilweise nicht. Es wimmelt in der Küche von kleinen Tieren. Die Kakerlakenjäger kommen regelmäßig, es hilft aber nicht. Sie dürfen zwar das Lager verlassen, aber es liegt in einem Industriegebiet, wo außer ihnen niemand wohnt. Fahrkarten, um woanders hinzugelangen, und sei es zur Behörde, zum Anwalt oder zur Anwältin, können sie sich ohne Geld nicht kaufen. Wer dennoch wie ein Mensch leben möchte, muss kriminell werden: Ohne Fahrschein fahren, irregulär arbeiten, in die Illegalität abtauchen. Wer dabei erwischt wird, verliert die Chance auf einen legalen Aufenthalt.

Die Verantwortlichen – Die Profiteure

Verantwortlich für die Existenz des Lagers ist die Sozialverwaltung des Landes. Verantwortlich für die Belegung sind zur Zeit fast ausschließlich die Bezirke. Die Sozialämter der Bezirke können dabei nach eigenem Ermessen gemäß Paragraph 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes vorgehen. Ist einE SachbearbeiterIn der Ansicht, ein Flüchtling wirke nicht genug an der Klärung eines Sachverhaltes mit - für geduldete MigrantInnen bedeutet das alles von der Beschaffung der Papiere bis zur Abschiebung -, kann er/sie den Flüchtling in die Motardstraße schicken. Niemand zwingt die Sozialämter, Flüchtlinge in die Motardstraße zu dirigieren. Die Firma Dussmann und die Arbeiterwohlfahrt (AWO) profitieren am Betrieb des Ausreisezentrums Motardstraße. Dussmann ist für die widerlichen Essenpakete verantwortlich, die AWO ist die Betreiberin des Lagers.

Ende dieses Jahres laufen die Verträge der AWO aus.

Es ist Zeit dafür zu kämpfen, das Lager zu schließen.

Zeit laut zu werden gegen Rassismus,

laut zu werden gegen das Lagersystem,

laut zu werden gegen die Praxis eines Landes, das dabei hilft Menschen in die Illegalität oder in den möglichen Tod abzuschieben!!!!